Gemeinde Rethwisch

Sitzung der Gemeindevertretung

vom 07.12.2006

im Gemeinschaftshaus Rethwischdorf,

Buchrader Weg 2

Beginn: 19.35 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Unterbrechung von -- Uhr

bis -- Uhr

Das Protokoll dieser Sitzung

enthält die Seiten 1 bis 9.

_____

Sulimma

(Protokollführer)

Gesetzl. Mitgliederzahl: 11

Anwesend:

a) stimmberechtigt:

1. Bgm'in Hoge

- GV'in Meiburg
- GV Feddern
- GV Hermann Poppinga
- GV Eggers
- GV Ehlert
- GV Böttger
- GV Jens Poppinga

b) nicht stimmberechtigt:

1. Amtsvorsteher Lengfeld
2. LVB Sulimma vom Amt Bad Oldesloe-Land, zugleich Protokollführer

Es fehlen:

entschuldigt:

1. GV Rowlin
2. GV Schwarz

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 24.11.2006 auf Donnerstag, den 07.12.2006 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Die Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - 8 - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde – Teil 1
2. Protokoll der Sitzung vom 04.07.2006
3. Bericht der Bürgermeisterin
4. Zusammenlegung der Ämter Bad Oldesloe-Land und Bargteheide-Land;
   hier: Sachstandsbericht
5. Beschluss über die Jahresrechnung 2005
6. Haushaltssatzung 2007 und Haushaltsplan 2007
7. Abwassergebührensatzung
8. Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterin und Gemeindevertreter
9. Einwohnerfragestunde - Teil 2
10. Grundstücksangelegenheiten

Einwendungen bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge zur Tagesordnung werden nicht eingebracht.

Die Verhandlungen finden in öffentlicher Sitzung statt.

Zum Tagesordnungspunkt 10) ist die Öffentlichkeit gemäß Geschäftsordnung ausgeschlossen.

Punkt 1., betr.: Einwohnerfragestunde - Teil 1

Es wird angefragt, ob ein Ende der Bauarbeiten im neuen B-Plangebiet absehbar ist. Frau Bürgermeisterin Hoge berichtet, dass die Arbeiten kontinuierlich vorangehen und die Rahmenbedingungen ein schnelleres Arbeiten nicht zulassen.

Auf Nachfrage erläutert Frau Bürgermeisterin Hoge, dass die Ertüchtigung der Kläranlage ohnehin notwendig gewesen wäre und nicht durch die Aufsiedelung des Neubaugebietes veranlasst wurde.

Punkt 2., betr.: Protokoll der Sitzung vom 09.10.2006

Das Protokoll der Sitzung vom 09.10.2006 ist allen Mitgliedern der Gemeindevertretung zugesandt worden.

Zu Punkt 6) der Tagesordnung berichtet Herr Ehlert, dass er die Ausführungen von Frau Albold so verstanden hat, dass beim Anschluss weiterer Häuser Niederschlagswassermengen gesondert abgeleitet werden müssen.

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll einstimmig genehmigt.

Punkt 3., betr.: Bericht der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Hoge berichtet, dass für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1.053,50 € gesammelt wurden. Sie bedankt sich sehr herzlich bei den fünf Damen und zwei Herren für ihren Einsatz.

Weiterhin berichtet Frau Hoge, dass die Hamburger Wasserwerke eine Wasserleitung nach Lübeck verlegen wollen, die auch das Gemeindegebiet berühren wird. Es ist geplant, die Leitung über die Straße Kiefholz nach Westerau zu führen. Eine erste Kontaktaufnahme mit den betroffenen Gemeinden ist erfolgt. Über den weiteren Fortgang der Maßnahme bzw. die Einbindung der Gemeinde wird zu berichten und zu beraten sein.

In der Nacht vom 19.11. auf den 20.11.2006 wurde im Kindergarten eingebrochen.

Frau Bürgermeisterin Hoge zeigt sich sehr verärgert über kontinuierliche Diebstähle von Pflanztöpfen, Dekorationen, Geschirr und ähnlichem aus dem Gemeinschaftshaus. Im Verlauf der Monate "verschwinden" immer wieder solche Gegenstände.

Frau Bürgermeisterin Hoge berichtet vom Helferfest, das sie als Ausdruck ihres Dankes an die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer, die über das Jahr für die Gemeinde tätig sind, ausgerichtet hat. Sie verbindet damit ihre Hoffnung, dass sie auch weiterhin auf so große Unterstützung rechnen darf, denn es erleichtert ihre Arbeit für die Gemeinde außerordentlich und spart in erheblichem Umfang auch Geld der Gemeinde.

noch zu Punkt 3)

Im Jahr 2007 wird das 10jährige Bestehen des Kindergartens und des Gemeinschaftshauses gefeiert werden. Es ist beabsichtigt, dass sich der Kindergarten, der Sportverein und die Gemeinde zusammensetzen werden, um die Ausgestaltung zu übernehmen.

Die Kirche hat der Gemeinde mitgeteilt, dass die Gemeinde den Weg wie gewünscht bauen darf.

Abschließend berichtet Frau Hoge von einem Besuch bei Herrn Manfred Paustian, der seit Sommer erkrankt ist. Er hat sie gebeten, seine Grüße an die Gemeindevertretung auszurichten. Weiterhin hat er sich sehr herzlich für die Genesungswünsche der Gemeindevertretung bedankt.

Punkt 4., betr.:	Zusammenlegung der Ämter Bad Oldesloe-Land und Bargteheide-Land; <u>hier:</u> Sachstandsbericht

Frau Bürgermeisterin Hoge übergibt das Wort an Herrn Amtsvorsteher Lengfeld.

Herr Lengfeld geht in seinen Ausführungen zunächst auf die landespolitische Situation ein. Er entwickelt die Vorgaben der Landesregierung in den letzten Jahren und stellt den aktuellen Stand dar. Obwohl die Ämter Bargteheide-Land und Bad Oldesloe-Land nicht von einem unmittelbaren landespolitischen Druck betroffen sind, sprechen wirtschaftliche Gesichtspunkte durchaus für eine Fusion. Darüber hinaus würde sich die Leistungsfähigkeit zugunsten der amtsangehörigen Gemeinden, aber auch für die Einwohnerinnen und Einwohner deutlich verbessern, weil ein größeres Amt auch in Urlaubs- und Krankheitszeiten aufgrund der dann gegebenen Vertretungssituation im Verwaltungs- und technischen Bereich Leistungen besser erbringen kann. Dieses ist ein weiterer wichtiger Schritt, die professionelle Aufgabenerledigung weiter zu optimieren. Aus Sicht von Herrn Amtsvorsteher Lengfeld ist es sinnvoller, unter vernünftigen Gesichtspunkten zu handeln als zu einem späteren Zeitpunkt behandelt zu werden.

Die Zusammenlegung mit dem Amt Bargteheide-Land ist geboten, weil es eine Vielzahl von Verflechtungsbeziehungen zwischen Gemeinden beider Ämter gibt und weil die Strukturen der Gemeinden, aber auch der Verwaltungen durchaus vergleichbar sind. Durch die Zusammenlegung ist kein Neubau eines Verwaltungsgebäudes erforderlich, was zur Folge hat, dass Sachkosten in nicht unbeträchtlicher Höhe gespart werden können.

Durch einen Zusammenschluss würde ein Amt mit ca. 24.500 Einwohnern auf einer Fläche von ca. 22.000 ha entstehen. Mit dieser Neubildung stehen die Ämter im Lande Schleswig-Holstein nicht allein da. Ein Überblick zeigt, dass im ganzen Land aufgrund der Vorgaben Überlegungen für Zusammenschlüsse angestellt werden bzw. es sind in der Vergangenheit auch schon Fusionen durchgeführt worden. Im Verhältnis zu den Neubildungen würde das neue Amt von den Einwohnern her weiterhin groß sein, von der Fläche her betrachtet ist es jedoch nicht herausragend groß.

<u>noch zu Punkt 4)</u>

Das Einsparvolumen wird vorsichtig geschätzt ca. 523.500,00 € betragen. Im Bezug auf die bisherigen Amtsumlagen beider Ämter könnte das Einsparvolumen immerhin ca. 17 % der Gesamtumlage betragen. Dieses ist ein herausragendes Ergebnis, was durch ein fundiertes Gutachten unter Mitarbeit der Ämter belegt werden kann. Amtsvorsteher Lengfeld legt Wert darauf, dass es sich nicht um "Bauchzahlen" handelt. Amtsvorsteher Lengfeld zeigt sich optimistisch, dass diese Ziele auch erreicht werden können, da im Gegensatz zu Großverwaltungen der Amtsausschuss mit seinen Mitgliedern aufgrund der

engen Wechselbeziehungen der Gemeinden zur Verwaltung über die Notwendigkeit von Sach- und Personalkosten stets im Bilde ist.

Auf Basis der Haushalte 2007 würde sich für die Gemeinde Rethwisch eine Ersparnis von 17.700,00 € nach Eintritt der vollen Wirkungen im Jahr 2013 ergeben.

Herr Amtsvorsteher Lengfeld berichtet von den Gesprächen bei Herrn Landrat Plöger und dem Innenministerium in Kiel. Landrat Plöger hat seine Unterstützung in dieser Angelegenheit zugesagt.

Im Gespräch mit dem Vertreter des Innenministeriums wurde deutlich, dass das Innenministerium die Zusammenlegungsabsicht "reserviert" betrachtet, da von dort eher ein Zusammenschluss mit den Zentralorten favorisiert werden würde. Die belegten Synergieeffekte und Einsparpotentiale überzeugten jedoch, so dass ein Zusammenschluss unter Prüfung von Kooperationen mit den Zentralorten möglich erscheint.

Amtsvorsteher Lengfeld weist darauf hin, dass es ohnehin geplant war, Kooperationen auch mit umliegenden Verwaltungen zu prüfen. Dieses wird von ihm, aber auch von der Verwaltung begrüßt. Eine Kooperation nach dem Motto "koste es was es wolle" kann es jedoch nicht geben, da Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte bei allem Handeln eine wichtige Rolle spielen.

Als zukünftiger Verwaltungssitz ist Bargteheide ins Auge gefasst worden, da die dortigen Kapazitäten ausreichen, ohne nennenswerten baulichen Umfang beide Verwaltungen unterzubringen. Eine Außenstelle wird in Bad Oldesloe eingerichtet werden. Es ist daran gedacht, in dieser Außenstelle vornehmlich die sog. Bürgerdienste anzubieten. Es wird sich weitgehend um Aufgaben des Meldeamtes handeln bzw. um Aufgaben, bei denen ein Erscheinen der Einwohnerinnen und Einwohner in der Verwaltung erforderlich ist. Damit soll sichergestellt werden, dass die Einwohnerinnen und Einwohner des Amtes Bad Oldesloe-Land, die weiterhin die Verwaltungsdienstleistungen in Bad Oldesloe wahrnehmen wollen, dieses auch wie gewohnt können.

Hinsichtlich des Personals führt Herr Amtsvorsteher Lengfeld aus, dass im Zusammenhang mit der Zusammenlegung keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden sollen, sondern dass die angestrebten Personaleinsparungen durch altersbedingte Weggänge und dann durch organisatorische Maßnahmen erzielt werden sollen. Es ist jedoch erkannt, dass für die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter längere Anfahrtswege zur Arbeitsstätte auftreten werden. In Anbetracht der Entfernungen wird dieses seitens des Amtsausschusses für vertretbar gehalten.

<u>noch zu Punkt 4)</u>

Zur Zeit herrscht im Amtsausschuss des Amtes Bad Oldesloe-Land folgende Beschlusslage:

"Der Amtsausschuss beschließt unter Beachtung und Fortsetzung der Beschlüsse vom 14.06.2005 die Gespräche mit dem Amt Bargteheide-Land auf Grundlage des Gutachtens von Herrn Schop im Hinblick auf eine Fusion der Ämter mit deren Verwaltungen fortzuführen.

Amtsvorsteher Lengfeld und LVB Sulimma werden beauftragt, die amtsangehörigen Gemeinden über die beabsichtigte Fusion zu informieren.

Die vom Amtsausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe unter Führung von Herrn Amtsvorsteher Lengfeld wird beauftragt, Gespräche mit dem Amt Bargteheide-Land im Hinblick auf einen Fusionsbeschluss im Dezember 2006 zu führen. Dabei sind vorrangig

die Fragen des zukünftigen Standorts der Verwaltung und einer Außenstelle sowie die Eckpunkte der Finanzierung eines neuen Amtes zu klären."

Es ist beabsichtigt, nach Möglichkeit noch in diesem Jahr einen entsprechenden Beschluss über eine Zusammenlegung der Ämter zu fassen mit der Folge, dann im Jahre 2007 intensive Gespräche im Hinblick auf einen Fusionsvertrag mit dem Amt Bargteheide-Land zu führen. In diesem werden alle wesentlichen Dinge bis zur Neubildung eines Amtes geregelt. Wenn dieses soweit geschehen ist, ist nach den Vorschriften der Amtsordnung eine Anhörung aller amtsangehöriger Gemeinden geplant. Als möglicher Termin für einen Zusammenschluss ist der 1. Januar 2008 ins Auge gefasst.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Amtsvorsteher Lengfeld wird die Angelegenheit mit der Gemeindevertretung und den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern intensiv diskutiert. Insbesondere wird auf den Personalschlüssel und die Aufgabenverteilung eingegangen. Seitens von Herrn LVB Sulimma wird bestätigt, dass bei einer Zusammenlegung der Ämter nicht beabsichtigt ist, weitere Entscheidungsebenen in die Verwaltung einzubauen, da dieses auch in Anbetracht der Größe nicht notwendig ist. Die direkte Ansprechbarkeit und unmittelbare Umsetzung von Maßnahmen in gemeinsamer Verantwortung von Ehrenamt und Hauptamt wird auch weiterhin gewährleistet sein. Dieses hat sich auch bei Zusammenlegungen an anderen Orten im Land Schleswig-Holstein gezeigt und es gibt keinen Grund, dass dieses bei einer Zusammenlegung der Ämter anders sein sollte. Die Strukturen beider Ämter unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht.

Im Hinblick auf die geplante Außenstelle wird berichtet, dass beabsichtigt ist, dass alle sog. Grunddienstleistungen, die die Bürger direkt in der Verwaltung erhalten, weiterhin in Bad Oldesloe angeboten werden sollen. In dieser Hinsicht wird es auch Gespräche mit der Stadt Bad Oldesloe geben mit dem Ziel, diese Aufgaben auch zu bündeln.

Punkt 5., betr.: Beschluss über die Jahresrechnung 2005

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Gemeindevertretung eine Sitzungsvorlage vor.

Herr Ehlert gibt ausführliche Erläuterungen.

Sodann wird die Jahresrechnung 2005 in der vorgelegten Form einstimmig beschlossen.

Punkt 6., betr.: Haushaltssatzung 2007 und Haushaltsplan 2007

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Gemeindevertretung eine Sitzungsvorlage vor. Frau Bürgermeisterin Hoge gibt ergänzende Erläuterungen. Fragen werden umgehend beantwortet.

Sodann beschließt die Gemeindevertretung die Haushaltssatzung 2007 und den Haushaltsplan 2007 in der vorgelegten Form einstimmig.

Punkt 7., betr.: Abwassergebührensatzung

Der Gemeindevertretung liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Frau Bürgermeisterin Hoge gibt ergänzende Erläuterungen. Herr Ehlert unterstreicht die Notwendigkeit, kalkulatorische Kosten in die Kalkulation der Abwassergebühren einzubeziehen, damit neue Investitionen nicht zu Lasten der Anschlussnehmer erfolgen, wenn Abschreibungen berechnet werden und diese in einer Abschreibungsrücklage zur Verfügung stehen. Er hält eine regelmäßige Überprüfung z. B. in zweijährigen Zeitabständen für notwendig.

Sodann fasst die Gemeindevertretung folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der vorgelegten Gebührenkalkulation auf Grundlage einer 2%igen Abschreibung auf den Herstellungswert und einer 4%igen Verzinsung des aufgewandten Eigenkapitals zu. Es wird künftig eine Rechnungsperiode von drei Haushaltsjahren angestrebt. Eine erste Betrachtung ist aber in 2009 nach Auswertung der ersten Betriebserfahrungen mit der ertüchtigten Kläranlage zu ziehen.

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Rethwisch (Schmutzwassergebührensatzung) in der vorgelegten Form wird beschlossen.

Beim Versand der Abgabenbescheide sind die Gebührenpflichtigen über die Hintergründe der ersten Gebührenanpassung seit 15 Jahren zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, - Nein-Stimme, - Stimmenthaltung

Punkt 8., betr.: Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterin und Gemeindevertreter

Frau Meiburg berichtet, dass am 19.12.2006 die Pakete für die Senioren gepackt werden.

Herr Ehlert berichtet, dass die Brücke nach Schmachthagen gestrichen werden müsste. Ebenfalls müssen lockere Bretter ersetzt werden. Die Gemeindevertretung kommt einvernehmlich überein, dass der Farbanstrich in Eigenleistung der Gemeinde vorzunehmen ist und dass die Ausbesserung der Bretter durch die Firma Brandt in Pölitz vorgenommen werden soll. Eine Abstimmung ergeht nicht.

Herr Hermann Poppinga berichtet, dass in der Gemeinde sehr viele Hunde sind. Möglicherweise sind in Anbetracht der kalkulierten Hundesteuer im Haushaltsplan nicht alle Hunde angemeldet. Er regt eine Überprüfung der gemeldeten Hunde an.

Punkt 9., betr.: Einwohnerfragestunde - Teil 2

Bezüglich des Umfangs der Kläranlagensanierung gibt Frau Hoge bekannt, dass am 19.12.2006 eine Baubesprechung stattfindet. Sie lädt alle Interessierten zu dieser Besprechung ein.

Auf Nachfrage erklärt Frau Bürgermeisterin Hoge, dass die Schmutzwassergebühren kostendeckend sind.

Frau Hoge berichtet über ihre Bemühungen hinsichtlich der Frage der Postzustellung "Am Mühlenbach".

Auf Nachfrage berichtet Frau Hoge, dass die Einzäunung der Teiche an beiden Teichen vorgenommen werden wird.

Auf die Frage, wann die Grenzsteine im Neubaugebiet gesetzt werden, berichtet Frau Hoge, dass sie das Amt bitten wird, die Vermessung zu veranlassen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird in nichtöffentlicher Runde weiterverhandelt und die Zuhörerinnen und Zuhörer verlassen den Sitzungsraum.

Danach wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Es sind keine Zuhörer mehr anwesend, so dass Frau Bürgermeisterin Hoge auf die Bekanntgabe der Beratungsergebnisse verzichtet.

Frau Bürgermeisterin Hoge schließt die Sitzung um 21.50 Uhr.

_____	_____
–	–
Bürgermeisterin	Protokollführer